

# Protokoll des Workshops Prognoseraum IV für den Leitlinienprozess zur Bürger\*innenbeteiligung in Treptow-Köpenick (Bezirksregionen: Altstadt-Kietz, Allende-Viertel, Müggelheim, Köpenick-Süd)

Datum: 15.01.2019

Ort: im Ratssaal, Rathaus Köpenick (Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin)

Teilnehmer\*innen:

Peter Mackensen, Florian Tienes, Wiebke Clausen, Sofia Fernandez-Rosso, Tatjana Rech (AG.URBAN, Protokoll)

Ines Schilling, Jacqueline Kreische, Nancy Leyda-Siepe (SPK)

Folgende Kiezakteure haben unter anderem an diesem Workshop teilgenommen:

- Sprecher der Interessensgemeinschaft d. Bürgervereine und -initiativen Treptow-Köpenicks
- Vertreter\*in des KIEZKLUB Köpenick
- Vertreter\*in des Kietz-Klub-Köpenick
- Vertreter\*in der kommunalen Jugendfreizeiteinrichtung Würfel (Bezirksamt)
- Vereine
- Vertreter\*in der BürgerInitiativen Allende-Viertel
- Vertreter\*in aus Politik (BVV/Ortsverbände)
- Vertreter\*in aus Kirchengemeinden
- Vertreter\*in aus Mieterbeiräten
- Bewohner\*innen aus den Bezirksregionen

*Die Workshops auf der Prognoseraumebene sind dazu da, um persönliche Erfahrungen und Ideen auf lokaler Ebene mit der Leitlinienentwicklung zu verbinden. Die Workshopteilnehmer\*innen aus Verwaltung, Politik und Bürgergesellschaft sollen ihre unterschiedlichen Blickwinkel auf die Bürgerbeteiligung einbringen.*

## Vorbereitung/Start

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde aller Teilnehmer\*innen einigte man sich gemeinsam auf den Satz „Wir sind heute hier, weil wir Bürger\*innenbeteiligung wollen und eine für Treptow-Köpenick bestmögliche Beteiligung entwickeln möchten“

Alle Anwesenden wurden gebeten, auf einer Bezirkskarte Treptow-Köpenicks ihr Lebensumfeld zu markieren, in welchem sie sich bewegen (wohnen und/oder arbeiten). Auf einer separaten Bezirkskarte konnten zudem die bisherigen Erfahrungen mit Bürger\*innenbeteiligung des Bezirks abgetragen und persönlich bewertet werden. Hierzu konnten Punkte und Post-Its in den Farben

- Grün: – gute Erfahrungen mit Beteiligung
- Gelb: – neutrale Erfahrungen/ kein Wissen über stattgefundene Beteiligung und
- Rot: – schlechte Erfahrungen mit Beteiligung –

auf der Karte platziert und diese auch kommentiert werden.



## Diskussionen an Tischen auf Ebene der Bezirksregionen

Die Beteiligten fanden sich an 4 Tischen zusammen, um dort, jeweils auf ihre Bezirksregion zugeschnitten, von ihren Erfahrungen mit Beteiligungsprojekten in ihrer direkten Umgebung zu berichten. Hierbei bestand die Aufgabe darin, aus den ermittelten Problemen und Hürden eine Strategie bzw. Vorschläge für eine verbesserte Beteiligung zu entwickeln und was es hierfür braucht.

### MÜGGELHEIM

In Müggelheim herrscht großes Engagement in der Bevölkerung. Jedoch geht dies einher mit einer Frustration der Verwaltung gegenüber. Bemängelt wird der Informationsfluss, also das Fehlen von Plänen und Informationen. Hier wird auf die unzureichend durchgeführte Informationspflicht der Verwaltung hingewiesen. Weiterhin wird die Haltung der Verwaltung als teilweise ablehnend und ignorant beschrieben. Aussagen der Verwaltung und Politik werden als unverbindlich bezeichnet und die Bürgerschaft bemängelt lange Wartezeiten oder gar keine Antwort bei Bürgeranfragen. Es wird sich gewünscht, dass die Verwaltung den **Dialog** mit der Bürgerschaft anstößt und die Ideenfindung gemeinsam von statten geht. Hierbei sollte die Rolle von Bürgerschaft und Verwaltung, die **Rahmenbedingungen** (beispielsweise: „Inwieweit ist eine Mitbestimmung möglich?“) geklärt werden. Durch die Aktivierung weiterer Beteiligter können vorhandene Netzwerke gestärkt und erweitert werden. Um eine Kommunikation zu vereinfachen wäre es sinnvoll, eine\*n **Ansprechpartner\*in** mit Informationen und Wissen erreichbar vor Ort in einer öffentlichen Sprechstunde zu etablieren. In Müggelheim könnte diese Person beispielsweise im Bücherbus sitzen. Des Weiteren kann z.B. der Kiezpate Informationen in die Verwaltung geben und somit eine Verbindung zwischen Verwaltung und Bürgerschaft herstellen. Über eine gut strukturierte und **transparente Informations-Plattform** können neue Wege der Erreichbar-

keit geschaffen werden und die Anonymität der Einzelperson wird aufgelöst. Hier können weitere Fragen geklärt werden, unter anderem die Frage der vorhandenen oder eingesetzten Ressourcen. Weiterhin soll individuelles Handeln und freies, präventives und vorbeugendes Denken in der Verwaltung gestärkt beziehungsweise gefördert werden. Hierbei kann man sich an der freien Wirtschaft orientieren. Wichtig ist bei der Einbindung der Bürgerschaft die Anerkennung und Wertschätzung des Engagements.

Die BVV (Bezirksverordnetenversammlung) wird als wichtiges Instrument und Gremium angesehen, um die Leitlinien und eine gemeinsame Beteiligungsstrategie zu verankern und verbindlich festzulegen. Die Verwaltung und die BVV sollen sich aber weniger mit sich selbst beschäftigen, sondern sich sachbezogen mit konkreten Themen und Inhalten auseinandersetzen. Es wird angeregt, die Förderkulissen (beispielsweise „Aktive Zentren“) insbesondere an den Rändern auszuweiten, so dass diese nicht von der Entwicklung und Förderung insbesondere sozialer Infrastrukturen ausgeschlossen werden.



#### ALTSTADT-KIETZ

Aus dem Altstadt-Kietz war eine Bürgerin anwesend. Zu Beginn wurde über bisherige Erfahrungen der Bürger\*innenbeteiligung gesprochen. Dabei haben wir erfahren, dass Frau U. früher einige Male auf Beteiligungsveranstaltungen war. Da Sie sich jedoch „von oben herab“ behandelt gefühlt hatte ist sie auf keine weiteren Veranstaltungen mehr gegangen. **Respektvoller Umgang** „auf Augenhöhe“ hätte sich positiv auf ihr Engagement und ihr Interesse an zukünftigen Beteiligungsveranstaltungen ausgewirkt. Weitere Erfahrungen hatte Sie nicht gesammelt, da Informationen auch nicht zu ihr durchdringen. Die Ausgabe der Berliner Woche kann meist nicht zugestellt werden, da die Briefkästen nicht frei zugänglich sind. Um einen Informationsfluss zu gewährleisten wünschte sich Frau U. einen Aufsteller oder ein Schaukasten am Rathaus, Flyer in Ladengeschäften oder einen frei zugänglichen Briefkasten, um das kostenlose Informationsmaterial zu bekommen.

Grundsätzlich ist sowohl Interesse als auch Engagement vorhanden. Speziell im Altstadt-Kietz beschränkt sich dies jedoch auf einzelne Personen. Hier wäre es sinnvoll, die gewachsenen Kontakte und Strukturen zu bündeln. Erste Kontakte könnten gegebenenfalls über ein Sommerfest der SPK geknüpft werden. In diesem Rahmen wäre es sinnvoll, die Aufgabe und Rolle des SPK zu erklären, da es bislang

wenig bekannt ist, dass hier viele Informationen zu Planungen und Beteiligung zusammenlaufen und Ansprechpartner zu den Projekten vermittelt werden können.

Für den Altstadt-Kietz sind besonders wichtige Themen die mangelhafte Parksituation, dass das Ufer zugänglich und frei von Bebauung bleibt, die Sanierung einiger Radwege und dass die Mietpreise nicht steigen sollen.

## KÖPENICK-SÜD

Bürgerbeteiligung setzt voraus, dass die Anmerkungen der Interessensgruppe von der Verwaltung anerkannt werden und die Gruppen in den **(Entscheidungs-) Prozess eingebunden** werden. Bestmöglich wird eine Verbindung zwischen Politik, Verwaltung und Bürger hergestellt. Hierzu könnte eine vierteljährliche Broschüre des Bezirksamts erscheinen, in welcher über aktuelle Planungen, Termine und Weiteres sortiert nach Bezirksregion informiert wird. So kann ein umfassender und gebündelter **Informationsfluss** stattfinden und die Grundlage für Beteiligung gelegt werden. Weitere Ideen für einen guten Informationsaustausch sind Wurfzettel (auch als Einlegeblatt in die Broschüre), Informationsabende/ Ortsteilkonferenzen oder Informationen an einer Litfaßsäule.

Bei Themen, die den Bürger betreffen, sollte eine frühzeitige **Einbindung** stattfinden, sprich bevor Planungen erfolgt sind. Hierzu könnte beispielsweise eine Ideenwerkstatt initiiert werden. Anschließend kommt es darauf an, die Ergebnisse sichtbar zu machen. Hierzu gehört auch zu erklären, warum Ideen aus der Bevölkerung nicht oder anders umgesetzt wurden. Die **Grenzen von Beteiligung** müssen kommuniziert werden. Dazu gehören unter anderem die Darstellung von Interessenslagen, Konflikten/Kompromissen, Finanzierung und die Gesetzeslage, welche zugrunde liegt. Der Wunsch nach einer Weisungsbefugnis oder Fachaufsicht für die SPK gegenüber den anderen Verwaltungsabteilungen wurde angeregt. Es bedarf einer **einfachen Sprache**, Pläne müssen lesbar sein, gegebenenfalls durch verständliche Erklärungen erläutern.

Der Kietz-Klub-Köpenick hat momentan einen Fokus auf Kinder, Jugendliche und Senioren, dieses Angebot sollte in einer institutionellen berlinweiten Förderkulisse Beachtung finden, als Ortsteil- oder Familienzentrum. Hier ist schon ein guter Kommunikationsfluss vorhanden, welcher als Plattform für Beteiligung genutzt werden.

Themen, die in Köpenick-Süd aktuell sind:

- Bebauung Marienhain
- Bebauung des ehemaligen Funkwerks
- Verkehrssituation & -entwicklung
- Brückenbau nach Grünau



## ALLENDE-VIERTEL

Ein Thema, das die Menschen aus dem Allende-Viertel beschäftigt, ist das geplante MUF (Modulare Unterkunft für Geflüchtete in der Salvador-Allende-Str. 89-91). Hierzu gab es eine Dialogveranstaltung mit Herrn Igel und Vertretern des Senats, bei der die Bürger\*innen bezüglich eines Integrations- und Sozialraumkonzeptes beteiligt werden sollen, jedoch letztendlich nur für eine Fläche von 60qm<sup>2</sup> des MUF, die restliche Fläche wurde nicht thematisiert, obwohl viele Akteure mit guten Ideen erschienen waren. Die **Spielräume** wurden hier vorher nicht deutlich kommuniziert, wodurch die Erwartungen der Beteiligten enttäuscht wurden.

Weiterhin würden die Rahmenbedingungen der 2-stufigen Verwaltung, also dem Verhältnis zwischen Senat und Bezirk, manchmal als hinderlich und undurchsichtig empfunden. Beispielsweise beim BENN- Verfahren (Integrationsmanagement "BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften) hatte der Bezirk wenig Einfluss auf die Konzeption des Programms, hätte sich das jedoch gewünscht und fühlte sich nicht ernstgenommen. Daher sollte die Beziehung zwischen Senat und Verwaltung, so wie die Kompetenzverteilung geprüft werden. Zudem wird sich gewünscht, dass der Bezirk mit seinen Ämtern künftig auf die Bezirksregionen zukommen würde, wenn es dort im **Entscheidungsbereich** des Bezirks Änderungen gebe und bei denen es sinnvoll ist, mit den Bürgern vorher zu diskutieren. Angeregt wurde ein **Kümmerer** in der Verwaltung, um eine dauerhafte Unterstützung sicher zu stellen.

Generell wird die Herangehensweise kritisiert, bei der die großen Probleme meist schnell und niedrigschwellig von Verwaltung und Politik angegangen werden, die kleinen Probleme jedoch nicht. Allgemein wurde eine grundlegende **Zustimmung** beziehungsweise **Bekennnis zu Beteiligung** von Seiten der Verwaltung gefordert. Dies würde auch einem pauschalen „Nein“ aus der Verwaltung entgegenwir-

ken und die Kommunikation mit der Bürgerschaft vereinfachen. In der Verwaltung solle sich die Haltung etablieren, dass jeder Mensch für sein Wohnumfeld bzw. dem Bereich, in dem er/sie sich bewegt, der Experte sei.

Eine **umfangreiche und schnelle Weitergabe von Informationen der Verwaltung an die Bürger** wäre durch **das Amtsblatt, als „Beilage“ in den Wochenblättern** denkbar. Die Ansprache der Betroffenen könnte, unter anderem über Briefsendungen, durch die DEGEWO, BWG oder den erfolgen. Diese Akteure erreichen ein breites Personenspektrum. Ansonsten wurde angemerkt, dass die **Informationskanäle** an Zielgruppen **angepasst** werden sollten, um eine direkte Ansprache und Kommunikation sicherzustellen.



## Kurze abschließende Runde und Zusammenfassung

Auch im Prognoseraumworkshop IV wurde eine frühzeitige Beteiligung gewünscht. Hierbei wäre eine verstärkte Initiierung von **Runden Tischen mit ALLEN Akteuren** durchaus förderlich. Mit diesen kann frühzeitig eine Brücke zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft geschlagen werden, um nachhaltig zu beteiligen und Konflikte vorzubeugen. Zusätzlich ist es notwendig, die Betroffenen eines Projekts/einer Planung differenziert zu analysieren, zu kontaktieren, zu informieren und zu beteiligen. Um eine möglichst breite Masse zu erreichen sollte dies niedrigschwellig, also in einfacher Sprache, unkompliziert und ohne große Hürden/ Umwege geschehen. Um das bürgerschaftliche Engagement zu fördern, sollten beispielsweise die Anträge für Projekte der Kiezkassen unkomplizierter gestaltet werden.

Ein großer Traum wäre es, **Beteiligungsförderungen** wie das FEIN (Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften)-Programm für alle Bezirksregionen zu implementieren. Dadurch würden alle Gebiete regelmäßig deutlich mehr Geld für Beteiligung bekommen. Dabei können von allen Bürger\*innen Ideen

für Projekte eingebracht und darüber regelmäßig abgestimmt werden; hier bräuchte es einen Koordinator in manager Position, der die Projekte in die Verwaltung trägt und somit den Verwaltungsakt in Gang setzt.

Weiterhin wurde sich ein einfacher und unkomplizierter Zugang zu **Raumressourcen** gewünscht, bei dem es der aktiven Bürgerschaft leichter gemacht werden soll, sich an Orten zu treffen und zu vernetzen, ohne Raummiete zahlen zu müssen, beispielweise indem ungenutzte Schulräume nachmittags/ abends zur Verfügung gestellt werden.

